

"Erscheinungen wie Rückzug in die Privatsphäre, Interessenlosigkeit, Konsumdenken und ... neofaschistische Tendenzen" ausbreiteten. Darüber hinaus wurden die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion in Frage gestellt und der Führung der SED Unfähigkeit und Unwilligkeit zur Durchführung "überfälliger" demokratischer Veränderungen analog der Politik der KPdSU vorgeworfen.

Diese Angriffe waren verbunden mit demagogischen Forderungen nach

- Umgestaltungen der Gesellschaft,
- Gewährleistung uneingeschränkter Meinungs-, Informations-, Versammlung- und Reisefreiheit, um sich als legale Opposition profilieren zu können,
- Mitspracherecht der Kirchen in staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten in Form des "partnerschaftlichen Dialogs mit den Regierenden",
- Reform des Wahlrechts,
- Reform des Bildungswesens, u. a. verbunden mit Forderungen auf eine Wählbarkeit der Pädagogen,
- Einführung eines zivilen Wehrersatzdienstes,
- Wiedermulassung des "Sputnik" und "Aufhebung jeglicher Zensur" gegenüber allen Publikationsorganen.

Darüber hinaus wurden Einzelhinweise erarbeitet, daß in negativen Gruppierungen bereits Diskussionen über mögliche Aktivitäten zu den politischen Höhepunkten des Jahres 1989, insbesondere in Vorbereitung des Pädagogischen Kongresses und zur Boykottierung der Kommunalwahlen geführt werden.

Im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkende Feinde nutzten einerseits die Bereitschaft und Entschlossenheit von Provokateuren und anderen ausgeprägt feindlichen Elementen unter den Obersiedlungsersuchenden zur personellen Verstärkung